

Dr. Inge Gräble MdEP
Europäisches Parlament
Altiero Spinelli 15 E 130
Rue Wiertz B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-2847868
Fax.: 0032-2-2849868

Pressemitteilung: 7. Februar 2006

Dienstleistungsrichtlinie: Bitte um mehr Sachlichkeit

Als "Musterbeispiel für ideologische Grabenkämpfe fernab der Fakten" bezeichnet die CDU-Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble die augenblickliche Stimmungsmache gegen die Dienstleistungsrichtlinie. Über diesen Gesetzentwurf stimmt das Europäische Parlament am kommenden Donnerstag in Straßburg ab. Die Dienstleistungsrichtlinie regelt erstmals nicht ständige Dienstleistungen in der EU. "Zahlreiche Unterschriftenlisten, Mails und Briefe, Aufrufe zu Demonstrationen und Resolutionen gegen die Richtlinie haben mich erreicht", so die Abgeordnete, die folgende Punkte klarstellen möchte:

1. Betroffen von der Dienstleistungsrichtlinie sind alle Betriebe, die nicht ständige Dienstleistungen in einem anderen EU-Land anbieten wollen, häufig im Zusammenhang mit Produkten, etwa Wartungsverträge für Aufzüge, Baukräne, Maschinen, Feuerlöscher...

2. Das deutsche Gewerberecht ist eines der liberalsten der Welt: Die Unternehmen aus anderen EU-Ländern sind bereits bei uns tätig, aber unsere Unternehmen stoßen oft auf absurde Hindernisse, wenn sie in anderen Ländern tätig werden wollen. Beispiele:

- In einigen Mitgliedsstaaten müssen deutsche Baufirmen registriert sein, sonst können sie nicht tätig werden, obwohl sie die Ausschreibung gewonnen haben. Die Registrierung kostet viel Zeit und Geld.
- In einigen Mitgliedsstaaten dürfen deutsche Firmen nur dann an Messen teilnehmen, wenn sie ihr Werbematerial in der jeweiligen Landessprache auslegen, selbst wenn die Messe sich an internationale Besucher richtet. Die Übersetzung kostet viel Zeit und macht wenig Sinn.
- In einigen Mitgliedsstaaten wird für die Verlegung deutscher Gebäudeelektrik die Zustimmung der örtlichen Baubehörde verlangt. Diese Zustimmung erhalten nur einheimische Betriebe.
- In einigen Mitgliedsstaaten müssen deutsche Servicetechniker (Aufzüge) acht Tage vor der Einreise angemeldet werden.
- In einigen Mitgliedsstaaten dürfen deutsche Handwerksfahrzeuge nicht zum Materialtransport genutzt werden.
- In einigen Mitgliedsstaaten müssen deutsche Betriebe einen gewissen Anteil am Rechnungsbetrag an die örtlichen Behörden überweisen.

- In einigen Mitgliedsstaaten muss die Übersetzung deutscher Patente nochmals von einem einheimischen Fachmann beglaubigt werden. In der Regel sind unsere Firmen gezwungen, dafür auf Konkurrenten zurückzugreifen.
- Tauchlehrer müssen in einigen Mitgliedsstaaten die jeweilige Sprache sprechen, auch wenn ihre Kunden international sind.
- Deutsche dürfen in einigen Mitgliedsstaaten nicht als Fremdenführer tätig sein.
- Deutsche Wirtschaftsprüfer dürfen in einigen Mitgliedsstaaten keine Werbung machen, obwohl sie über internationale Prüfungen verfügen.

3. Das Herkunftslandsprinzip ("Made in Germany"), das eigentliche Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft, wurde inzwischen durch das Prinzip der Niederlassungsfreiheit ersetzt. Damit sind Unternehmen grundsätzlich der Regelung des Landes unterworfen, in dem die Leistung erbracht wird. Es macht also keinen Unterschied, ob der Abnehmer mit einem deutschen oder etwa einem österreichischen Anbieter einen Vertrag schließt. Beide müssen sich an die Umwelt- und Arbeitssicherheitsvorschriften des jeweiligen Landes halten, in dem die Dienstleistung erbracht wird. Ich persönlich bedauere den fast völligen Verzicht auf das Herkunftslandsprinzip, weil es die Stärke unserer Wirtschaft nicht mehr zum Ausdruck bringt.

4. Das Arbeitsrecht wird von der Dienstleistungsrichtlinie nicht berührt. Es bleibt so, wie es ist.

5. Die kommunale Daseinsvorsorge ist ausgenommen.

6. Der gesamte Gesundheitsbereich ist ausgenommen.

7. Das Sozial- und Abgabenrecht ist ausgenommen: Sozialdumping wird es nicht geben.

8. Bei der Schwarzarbeit und dem Sozialversicherungsbetrug wird es endlich einen verbesserten Austausch zwischen den Mitgliedsstaaten geben.

Mit Unverständnis sehe ich, dass Organisationen vorgestern Briefe verschicken, gegen die Dienstleistungsrichtlinie zum Protest aufrufen und zum Beweis ihrer angeblichen Absurdität eine Stellungnahme des Städte- und Gemeindetags vom April 2005 beilegen. Längst schon ist diese Stellungnahme überholt. Das gilt auch für manche Gewerkschaftskritik, die weder sachkundig noch auf dem neuesten Stand ist. Gerade bei der Dienstleistungsrichtlinie muss man die Debatte genau verfolgen, weil vieles sich verändert.

Was ist, wenn wir die Dienstleistungsrichtlinie einfach ablehnen, wie es ja viele fordern? Dann haben die Gegner ihren Anliegen einen Bärendienst erwiesen. Der Europäische Gerichtshof EuGH hat in weit über 100 Fällen bereits Recht gesprochen, ein liberales Recht übrigens. Wenn die Richtlinie jetzt nicht kommt, dann setzt der Hof weiter Recht - genau jenes Recht, das die Demonstranten nicht wollen.

"Die Dienstleistungsrichtlinie ist eine Chance, gerade für Baden-Württemberg. Wir haben inzwischen so viele Ausnahmen gemacht, dass sie die Arbeitsplätze vermutlich nicht mehr wird schaffen können, die man sich ursprünglich erhoffen konnte, gerade für Deutschland".